



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Versprechen halten! Angekündigten Digitalpakt von Bund und Land umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der von Bundesministerin, Prof. Dr. Johanna Wanka, angekündigte „Digitalpakt“, als Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft von Bund und Ländern für Schulen und Berufsschulen umgesetzt wird, um Schule und Unterricht für die digitale Welt fit zu machen.

Begründung:

Die Digitalisierung ist eine große Aufgabe, der sich die Schulen nur mit mehr Unterstützung widmen können. Aus unserer Sicht ist der digitale Wandel eine gesamtpolitische Aufgabe und nur als solche zu meistern.

Im Oktober 2016 hat Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka einen „Digitalpakt“ im Umfang von 5. Mrd. Euro angekündigt, die den Ländern ab 2018 zum Vortreiben des digitalen Wandels zu Verfügung stehen sollten: Um die Schulen in Deutschland flächendeckend in die Lage zu versetzen, digitale Bildung zu vermitteln, kündigt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen DigitalPakt#D mit den Ländern an. Das BMBF bietet demnach an, über einen Zeitraum von fünf Jahren mit rund 5 Mrd. Euro die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung wie Breitbandanbindung, WLAN und Geräten zu versorgen. Im Gegenzug sollen sich die Länder verpflichten, die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen.

Die Schulen haben bereits mit dieser Unterstützung gerechnet. Aber: Im kürzlich gefassten Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt sind diese Mittel nicht zu finden. Dagegen plant der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, ab 2018 mit deutlich steigenden Verteidigungsausgaben und sinkenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Fazit: Der von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka groß angekündigte Digitalpakt von Bund und Ländern für Schulen und Berufsschulen hängt jetzt erst einmal finanziell in der Luft. Das Problem bzw. die Aufgabe wird damit der nächsten Bundesregierung vor die Füße gekippt.

Aus der Anfrage zum Plenum vom 29. März 2017 (Drs. 17/16202) geht hervor, dass auch die Staatsregierung das „Angebot“ begrüßt und auch sie die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen sieht. Aus der Anfrage wird ebenso deutlich, dass derzeit die Kommunen viel selbst tun müssen und viel stemmen.

Die aufgenommenen Bund-Länder-Gespräche reichen nicht aus, um die geplante Kooperation in Gang zu bringen.